

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KIZ/41

Bonn, den 28. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Unsicheres Regierungsschiff Vier Monate nach Erhards Wahl	92
3 - 4	Gegen Trennung und Gewalt SPD-Kongress "Flüchtling - Mensch - Gesellschaft" am 7. und 8. März 1964 in Sindelfingen	66
5 - 6	Wie demokratisiert man Spanien? Bemerkungen zur Spanienreise Gerstenmaiers	74
6	Gewerkschafter und Bundeswehr Abbau von Vorurteilen	23

Chefredakteur Günter Markscheffel

Unsicheres Regierungsschiff

Vier Monate nach Erhards Wahl

H.Be. - Das "Koalitionsschiff CDU/CSU-FDP" ist, was ein offenes Geheimnis sein dürfte, vom Kurs abgekommen, den Führung und Mannschaft sich selber steckten, als Ludwig Erhard im Oktober 1963 aus der Hand Konrad Adenauers das Steuer übernahm, das der "Alte" dem "Neuen" mit offenerem Mißtrauen anvertraute. Voll Skepsis war von Anfang an die Sozialdemokratische Opposition, weil sie wußte, wie wenig die Koalition den selbst bestimmten Kurs seit den Bundestagswahlen zu halten vermocht hatte, wie wenig von dem verwirklicht wurde, was in den Regierungserklärungen seit 1961 aufgezählt worden war. Die SPD wünschte der neuen-alten Regierung im Interesse des Ganzen dennoch Erfolg, aber sie kündigte auch an, die Politik der Regierung danach zu beurteilen, "ob sie von der Rede zur Tat gelangt", wie das der amtierende Fraktionsvorsitzende Fritz Erler formuliert hatte.

Eine traurige Bilanz

Heute, vier Monate nach Erhards Wahl zum Kanzler, wissen wir, wie sehr die Skepsis der SPD berechtigt war. Die von Ludwig Erhard jetzt geleitete und vierzehn Jahre entscheidend mitgetragene Regierung hat keine sichtbaren Erfolge zu verzeichnen. Der Arbeitsminister hat wegen der unüberwindlichen Schwierigkeiten in der Koalition mit den Aufschürren des vielgerühmten "Sozialpakets" und mit der Preisgabe angeblich unverrückbarer Grundsätze begonnen. Der Innenminister ist wegen seines Verhaltens in der Telefonaffäre zu einer Belastung für das Kabinett geworden. Der Vertriebenenminister mußte wegen seiner Vergangenheit seinen Sessel räumen. Die Gesundheitsministerin hat es nicht geschafft, mit wesentlich erscheinender Gesetzesentwürfen im Kabinett durchzukommen. Sie beschwert sich dafür über die Opposition. Die Regelung der Kriegsopferversorgung mußte gegen Willen und Wunsch des Kanzlers durchgesetzt werden. Die Verzögerungs- und Beruhigungstaktik der Bundesregierung in den Fragen der Landwirtschaftspolitik im Gemeinsamen Markt ist von den Bauern erkannt worden. Die unaufhaltsam steigenden Preise, die mit dem Hinweis auf eine "Inflation von außen" zu erklären versucht werden, ist zu einem Politikum ersten Ranges geworden. An der Berliner Passierschein-Regelung, wie der Senat und die Bundesregierung für Weihnachten vereinbart hatten, ist in jüngster Zeit deutlich geworden, daß Kanzler Erhard von gewisser Seite überspielt werden sollte. Denn das regierungsamtliche "Bulletin" könnte es sich leisten, die auch von Erhard gebilligte Regelung im Nachhinein in unzutreffender Weise zu kritisieren. Gewiß hat Staatssekretär von Haase das "Bulletin" zurückgepiffen. Aber wo sind die personellen Konsequenzen, die in diesem Falle unvermeidlich sein müssen, wenn der Kanzler die Richtlinien wirklich zu bestimmen hat?

Aber gerade diese Schwäche des Kanzlers Erhard hat Fritz Erler vorausgesehen. Wörtlich hatte er dem neugewählten Regierungschef am 24. Oktober 1963 gesagt:

- * "Der Bundeskanzler Erhard muß klarmachen, ob er wirklich die
- * Richtlinien bestimmt oder, ob es noch andere Instanzen aus-
- * ser ihm gibt. Er hat ja ausdrücklich zugesagt, noch Rat ein-
- * zuholen. Kann diese Prozedur vielleicht zu verschiedenen
- * Konzeptionen führen, oder wird künftig im Kabinett ent-
- * schieden, nachdem der Kanzler seine Meinung dargelegt hat?"

Die Liste unerfüllter Hoffnungen und Wünsche soll hier nicht weitergeführt werden. Sie zeigt auch so, daß Willy Brandt recht hatte als er nach seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden in Bad Godesberg sagte:

- * "An der Vernachlässigung der innenpolitischen Aufgaben hat
- * sich nichts geändert, es bewegt sich nichts." 1963 sei
- * nicht viel mehr verabschiedet worden als ein unstrittenes
- * Mietengesetz und ein vergrämter Kanzler,

Gereizt und nervös

Aber die Verzögerungen, Versäumnisse und Schiffbrüche à la "Sozialpaket" machen es auch bis zu einem gewissen Grad verständlich, daß Kanzler Erhard in der vergangenen Woche so gereizt und nervös wurde, daß er CDU/CSU-Fraktion, Kabinett und Öffentlichkeit mit der sogenannten "Teppich-Affäre", dem Schutzzaun an seiner Tegernsee-Villa und mit dem Kanzler-Bungalow unter dem Motto beschäftigte, die Opposition wolle ihm die "weiße Weste" beschmutzen. Die von Erhard selbst nach zweieinhalb Monaten aus der Versenkung geholte Sache mit dem unstrittenen Teppichkauf ist von ihm bereits in den baden-württembergischen Wahlkampf eingeführt worden, verbunden mit einer völlig ungerechtfertigten Angriff auf sozialdemokratische Oberbürgermeister, verbunden mit dem Zurückweisen von Angriffen, die überhaupt nicht stattgefunden haben.

Dieser nervös und unsicher gewordene "Kapitän", der es doch an echten Sorgen und Aufgaben nicht fehlt, ist für niemand ein Gewinn. Weder für die Bundesrepublik noch für die Koalition. Selbst dann, wenn eine Publikation, wenn ein Abgeordneter der Opposition sich mit einem tatsächlich oder auch vermeintlich bedenklichen Vorgang im Bereich des Bundeskanzlers befaßt, sollte dies für den verantwortlichen Regierungschef eines 50-Millionen-Volkes keinesfalls Anlaß sein, sich von der Opposition verfolgt und mit Schmutz beworfen zu fühlen.

Im Interesse des Ganzen, das auch Ludwig Erhard in seinen Reden immer wieder in den Vordergrund stellt, sollte die Diskussion von Hand her wieder ins Zentrum der deutschen Politik geführt werden. Da warten Entscheidungen und auch sachbezogene politische Auseinandersetzungen. Für die Opposition hat Willy Brandt dazu in Bad Godesberg den Kurs der SPD so festgelegt:

- * "Mir ist nicht nach überflüssiger Polemik zumute. Wir bleiben für ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit in der großen Fragen. Die Bundesregierung hat ähnliches gesagt. Wir nehmen sie beim Wort. Wir wollen keinen vergiftenden Parteilampf."

Dem bleibt, auch angesichts des nervös gewordenen Kanzlers, nichts mehr hinzuzufügen.

Gegen Trennung und Gewalt.

SPD-Kongreß "Flüchtling - Mensch - Gesellschaft"
am 7. und 8. März 1964 in Sindelfingen

RM. - Unter uns leben rund 5,9 Millionen Mitbürger, die aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands zu uns gekommen sind. Ein nicht unerheblicher Teil von ihnen - rund ein Drittel - hat den Verlust der Heimat nicht nur einmal erleben müssen, sondern war zunächst aus den Vertreibungsgebieten jenseits von Oder und Neisse in die Sowjetzone eingewiesen worden. Trotz des sicherlich guten Willens, sich hier eine neue Existenz zu schaffen, war diesen Menschen am Ende nichts anderes als neuerliche Flucht und Aufgabe der neuerworbenen Habe übriggeblieben: der Terror der SED ließ keinen anderen Ausweg.

Weit mehr als 10 Prozent aller Bundesbürger sind also Flüchtlinge. Und es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn man sagt, am Verhältnis der Eingesessenen zu diesen Flüchtlingen lasse sich die Ernsthaftigkeit des gesamtdeutschen Bewußtseins unseres Volkes ablesen. Wie ist dieses Verhältnis? Neuere Erhebungen bestätigen, daß die menschliche Eingliederung nach Anfangsschwierigkeiten geglückt ist. Diffamierungen und die Isolierung von Flüchtlingen gibt es im Zusammenleben der Flüchtlinge und Eingesessenen höchstens noch als Einzelfälle. Hilfsbereitschaft, gegenseitiges Verständnis und der Wille zur Gemeinsamkeit überwiegen. Das ist eine positive Erscheinung.

Anders als im menschlichen Bereich ist indes die Behandlung des Flüchtlings durch die Gesetzgebung. Die Flucht aus der Zone wird noch immer nicht als ein kollektives Schicksal, erzwungen durch das gegen alle Deutschen in der Zone unmenschliche Regime der SED, gewertet. Wer aus der Zone in die Bundesrepublik kam, muß individuell nachweisen, daß er tatsächlich gefährdet war. Danach wird entschieden, ob er "anerkannt" wird oder nicht. Aufgrund dieser Lage gibt es drei Einstufungen von Flüchtlingen, die unterschiedlich behandelt und beurteilt werden. Alle Flüchtlinge zusammen werden wiederum anders behandelt und eingestuft als die Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten. Die Herstellung völliger Gleichberechtigung ist deshalb ein Ziel, das die Sozialdemokratie mit ihrem Entwurf eines Flüchtlingsgesetzes verfolgt, einen Entwurf, der voll mit den Wünschen und berechtigten Forderungen der großen Flüchtlingsverbände übereinstimmt.

Es gibt Bundesländer, die in der Eingliederung der Flüchtlinge auf den Gebieten, die der Landesgesetzgebung unterliegen, vorbildliches geleistet haben. An der Spitze liegt dabei Hessen. Nicht zufällig handelt es sich hier um ein sozialdemokratisch regiertes Bundesland. Hessen schuf in den Bereichen, für die Landesgesetze ausschlaggebend sind, ein Beispiel dafür, daß es geht, wenn man guten Willens ist.

Von Seiten der Gegner einer völligen Gleichberechtigung wird mit einem Scheinargument gearbeitet: Wollte man die Gleichberechtigung ernstlich von der Beweissicherung bis zu einem möglichen Lastenausgleich in späteren Jahren durchfechten, erkenne man damit die Endgültigkeit der Flucht und der Teilung Deutschlands an. Es gibt nichts, was demagogischer wäre als dieser Einwand. Mit der gleichen Scheinlogik könnte man die Gesetzgebung für die Heimatvertriebenen als die Anerkennung der Vertreibung und der Oder-Neiße-Linie deklarieren. Die Herstellung der Gleichberechtigung aller Flüchtlinge ist keine Anerkennung der Spaltung, sondern die Erfüllung moralischer Ansprüche jener Menschen, die die Hauptlasten der Auseinanderreißung des Vaterlandes zu tragen hatten. Die völlige Eingliederung der Flüchtlinge kann deshalb ebensowenig einen Vorwand für den Verzicht auf eine aktive Wiedervereinigungspolitik sein, wie umgekehrt Wiedervereinigungspolitik die Ausrede für den Verzicht auf eine schnelle und umfassende Eingliederung abgeben darf.

Der SPD-Kongreß in Sindelfingen wird eben diesen Gedanken betonen. Der Kampf um Einheit in Freiheit wird in gewichtiger Referaten Herbert WEHNERS und Fritz ERLERS einer der entscheidenden Schwerpunkte sein, der hier noch einmal unterstrichen wird. Fachthemen über den "Anspruch des Flüchtlings in der Bundesrepublik an Recht und Gesellschaft" werden die andere Seite des Problems zur Diskussion stellen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei einem solchen Vorgehen an eine brennende Problematik unserer Zeit unser ganzes Volk - Einheimische wie Flüchtlinge - angesprochen wird. Die Art, in der die Sozialdemokratie die Frage stellt, macht eine weitere Gemeinschaftsaufgabe sichtbar, deren Lösung nur durch das ganze Volk möglich ist.

Wie demokratisiert man Spanien ?

Bemerkungen zur Spanienreise Gerstenmaiers

sp - Der Besuch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier in Madrid hat wieder einmal die Frage aktuell werden lassen, ob und unter welchen Voraussetzungen das heutige Spanien in die europäische Gemeinschaft aufgenommen werden kann oder soll. Allerdings spricht man derzeit in Madrid auch nur von einer Assoziation und das nicht nur, weil man die Opposition der einen oder anderen Regierung der in der EWG vertretenen Staaten befürchtet. Die spanische Regierung mit General Franco an der Spitze und seinem präsumtiven Nachfolger Kuno Grande an entscheidender Stelle, mit dem wendigen, aber in der Sache totalitärer Staatsführung unnachgiebigen Informationsminister Fraga Iribarne als Sprachrohr, ist sich durchaus darüber klar, daß ein Beitritt Spaniens zur EWG die Fundamente dieses totalitären Staates erschüttern würde.

Genau das soll natürlich vermieden werden. Dabei geht es nicht nur darum, daß die Protestanten einige Rechte mehr für ihre Religionsausübung erhalten sollen; es geht darum, daß die heutige Regierung Spaniens nicht bereit ist, jene Voraussetzungen für einen modernen Rechtsstaat zu schaffen, die den ersten Schritt zur inneren Demokratisierung bedeuten würden. Darum geht es, und nicht darum, ob in ferner Zeit ein Schattenkönig mit Namen Juan Carlos oder Hugo Carlos eingesetzt werden soll. Diejenigen spanischer Teilnehmer der Konferenz der Europäischen Bewegung, die in München im Juni 1962 in fünf Punkten knapp aber erschöpfend zusammengefaßt hatten, welche Voraussetzungen für einen Beitritt Spaniens zur EWG geschaffen werden müßten, sind noch immer auf den Canarischen Inseln verbannt, leben unter Polizeiaufsicht oder in Paris im Exil. An dieser Konferenz hatten 118 Spanier teilgenommen, davon 38 aus den Exilgruppen, die übrigen aus den verschiedensten Kreisen des heutigen Spaniens. Sie erklärten übereinstimmend, die Demokratisierung ihres Landes sei die unabdingliche Voraussetzung für den Beitritt zur EWG. Das waren weder kommunistische Agitatoren, noch verdächtige Agenten irgendwelcher Mächte. Es waren Menschen aus allen Lebenskreisen Spaniens, darunter vier katholische Geistliche, an ihrer Spitze der bekannte Historiker Salvador de Madariaga.

Ihre Stimme sollte und kann ebensowenig überhört werden wie die Stimme des emigrierten Deutschland in den Zeiten der Hitler-Diktatur oder derer, die zum Widerstand gehörten. Zu ihnen ist auch Bundestagspräsident Gerstenmaier zu rechnen. Damals gab sich das deutsche totalitäre Regime sehr zivil ausländischen Besuchern gegenüber, wenn es auch im Dritten Reich keine Orden der katholischen Königin Isabella von Kastilien gegeben hat. Ist sich Herr Gerstenmaier nicht darüber klar, daß er hier für Zwecke eingespannt werden soll, die seinen Grundauffassungen demokratischer Ordnung widersprechen?

Wenn nicht hierüber, so doch über die Unzulänglichkeit des vielbesprochenen neuen Protestantenstatus scheint sich Herr Gerstenmaier allerdings klar zu sein. Er nannte ihn, wie berichtet wird, unanwendbar. Seit Gründung des totalitären spanischen Staates konfessioneller Prägung im Bürgerkrieg 1936 - 1939 wurden aber noch ganz andere Prinzipien angewandt. Eine sogenannte Mischehe zwischen Katholiken und Protestanten ist zum Beispiel in Spanien unmöglich. Niemand, der katholisch getauft wurde, kann anders als katholisch heiraten. Der Übertritt zu einer anderen Konfession wird nicht anerkannt, denn die katholische Taufe wird als unabdingbar angesehen. Was nunmehr in erster Linie um

des äußeren Anscheins willen beabsichtigt ist, stellt in keinem Fall einen Augsburger Religionsfrieden dar.

Wenn man jetzt von einem Statut für Protestanten spricht, so wohl deshalb, weil in Vatikan seit Johannes XXIII. eine wesentlich tolerantere Stellung eingenommen wird als bei der teilweise noch in mittelalterlichen Vorstellungen lebenden kirchlichen Hierarchie in Spanien. Sie hatte über das Protestantenstatut zu befinden, wobei die liberalere Richtung des Katholizismus kaum zu Wort gekommen ist. Auch Don Escarré, der Abt des katalinischen Klosters Montserrat, der durch ein Presseinterview Aufsehen erregte, in dem er erklärte, das heutige Regime handle nicht nach christlichen Grundsätzen, dürfte nicht befragt worden sein.

Nach einem Bericht des Korrespondenten der "Süddeutschen Zeitung" soll Gerstermaier in Madrid die Auffassung vertreten haben, man müsse Spanien in Europa aufnehmen so wie es ist und erst dann seine Bewohner unter den Pittichen Europas auf eine Zukunft ohne Franco vorbereiten. Das entspricht jedoch nicht einer realen Einschätzung des heutigen spanischen Regimes, das auch dann, wenn Franco aus Altersgründen abtreten würde, wofür noch keine Anzeichen vorhanden sind, keineswegs die Absicht hat, unter den Pittichen Europas politischen Selbstmord zu begehen und eine Umwandlung in einen demokratischen Rechtsstaat zu vollziehen.

+ - +

Gewerkschaften und Bundeswehr

Der - Koch vor wenigen Jahren gehörten Begegnungen zwischen der Bundeswehr und den Gewerkschaften zu den äußersten Seltenheiten; zwischen den beiden Trägern unserer inneren und äußeren Sicherheit bestand eine tiefe Kluft, herrschte ein durch die Geschichte bedingtes Mißtrauen. Arbeitnehmer und Soldat konnten ein rechtes Verhältnis zueinander nicht finden. In der kaiserlichen wie auch in der Weimarer Zeit nahm die bewaffnete Macht eine Sonderstellung im Staate ein, woraus tiefgehende Gegensätze mit der um gesellschaftlichen und politischen Aufstieg ringenden deutschen Arbeitnehmerschaft resultierten. Diese Erbschaft aus verfloßenen Zeiten wirkte lange nach und auch die Bundeswehr hatte in ihren Anfängen darunter zu leiden. - Der Wandel, der sich seitdem vollzog, ist eine der erfreulichsten Erscheinungen unserer Nachkriegszeit. Er berechtigt zu der Hoffnung, daß sich eine früher so tragisch auswirkende Entfremdung zwischen bewaffneter Macht und organisierter Arbeitnehmerschaft in Zukunft nicht mehr wiederholen wird. Beide sind einander näher gekommen, beide erkennen an, daß jeder für sich ein unentbehrlicher Mitträger des demokratischen Staates ist, dem gemeinsamen Ziel dienend, die innere Ordnung zu wahren, die Grundlagen des sozialen Rechtsstaates auszubauen und vor ausser kommende Gefahren abzuwehren. Diese beiden so gewichtigen Faktoren verbindende Einsicht ließ Vorurteile abbauen und Tabus durchbrechen. Vor diesem Hintergrund bekommt die Versicherung des DGB-Vorstandsmitgliedes Waldemar Rauter, die Gewerkschaften seien zwar der Bundeswehr "nicht mit Freuden um den Hals gefallen", seien jedoch mit ihr eine "Vernunftsehe" eingegangen, eine über den Tag hinausreichende Bedeutung. Noch gibt es freilich psychologische Schwierigkeiten und Hemmnisse aller Art, sie verlieren jedoch mit der Zeit an Gewicht. Die besondere Lage, in der sich unser gespaltenes Volk befindet, verlangt ein Miteinander aller Kräfte, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

+ + +